Vier Jahre Entwicklung

Zum Jahrestag der russischen Oktoberrevolution

Vor vier Jahren, am 7. November 1917, stürmten die russischen Arbeiter und Soldaten das Winterpalais des Zaren Nikolaus in Petrograd, jagten den Kleinbürger Kerenski und die anderen Marionetten der feudalen und kapitalistischen Konterrevolution zum Teufel und übernahmen als Arbeiter- und Soldatenrat (Sowjet) die politische Macht. Jahrelang vorher hatte die kleine Partei der Bolschewiki, die nach einer Schätzung Sinowjews oft an einem einzigen Tische Platz haben konnte, die proletarische Revolution in zähen, mühevollen und verlustreichen Alltagskampf geistig und organisatorisch vorbereitet. Kein Schlag konnte ihren revolutionären Willen schwächen, keine Niederlage ihre revolutionäre Energie mildern. Im harten Feuer des Klassenkampfes wuchs ihre Willenskraft, ihre Opferbereitwilligkeit, ihr Heldenmut.

Als im Februar 1917 der Zarismus zusammenbrach und sich in den Hauptzentren Russlands die Arbeiterräte und in der Armee und Flotte die Soldatenräte bildeten, waren diese in ihrem wahren Charakter zunächst nur Strohpuppen der alten Mächte oder inhaltslose Gebilde ohne bewußte revolutionäre Erkenntnis. Den russischen Kommunisten, den Bolschewiki gelang es in wenigen Monaten, die Köpfe der Arbeiter und Soldaten mit revolutionärer Erkenntnis und ihre Herzen mit proletarisch-revolutionärem Willen zu erfüllen. Die klare und einfache Parole „Alle Macht den Räten" findete. Das russische Proletariat begriff, daß es um Ganz, oder Halb oder Nichts ging. Und am 7. November 1917 schritten sie zur bekannten Tat.

Sie übernahmen die Betriebe als proletarisches Gemeineigentum. Ihre Sowjets wurden Staatsorgane. Der proletarische Staat wurde geschaffen als Krönung der jahrelangen unterirdischen unermüdlichen Tätigkeit der Bolschewiki. Ihr erster Gedanke und ihre erste große Tat nach der Eroberung der Macht war der Ruf an das gesamte internationale Proletariat, es ihnen gleichzutun durch den revolutionären Sturz seiner Unterdrücker und Ausbeuter. Der Ruf verhallte, kaum gehört und nur von wenigen klassenbewußten Arbeitern in der Welt begriffen.

Dieser Festschlag und die große Konzession an die russischen Bauern (Zuschreibung und Anerkennung ihres kleinbürgerlichen Privateigentums) wurden ihnen zum Verderben. Es folgte unter dem Zwange der Isolierung die Unterwerfung unter das Brest-Litowsker Diktat des Ludendorffschen Säbels. Und nun folgte die lange Kette der Konzessionen und Kompromisse an die ausländische und inländische Bourgeoisie. Woche für Woche, Monat für Monat, Jahr für Jahr verteidigten die russischen Proletarier und Bauern in gemeinsamer Front ihre Revolution gegen die unaufhörlichen Angriffe des altrussischen Feudalismus und der ausländischen Bourgeoisie. Unter der Führung des klassenbewußten russischen Proletariats blieb der Sieg bei ihnen, aber dieser Sieg war ein Pyrrhussieg für die russische Arbeiterklasse.

Denn kaum war der Sieg erreicht, da brachen die Differenzen und bisher unter der Oberfläche schlummernden Klassengegensätze zwischen dem russischen Proletariat und den russischen Bauern offen auf. Das Proletariat, das bereits durch die Schule des Kapitalismus hindurchgegangen war, wollte das proletarische Gemeineigentum aufrechterhalten, die Bauern dagegen, die eben erst dem Schoße des Feudalismus entsprungen waren, verlangten die Sicherung ihres kleinbürgerlichen Privateigentums. An der eisernen Uebermacht der Bauern scheiterte der kommunistische Wille der klassenbewußten russischen Arbeiterklasse.

Die Sowjetregierung mußte sich für eine von beiden Klassenintereſſen entscheiden. Sie entschied sich für das Privateigentumsinteresse der Bauern gegen die proletarische Revolution. Sie entschied sich für den Kapitalismus gegen den Kommunismus. Das war ein offener Verrat, der noch gesteigert wurde durch die jahrelange Unterstützung des kleinbürgerlich-sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen, faschistisch mit kommunistisch begleiteten Reformismus der 2. Internationale. Hierin liegt die ungeheure, weltgeschichtliche Schuld der russischen Kommunistenführer in der Sowjetregierung!

Gerade erst die Fesselung der kommunistischen Arbeitermassen aller Länder in den Illusionen des parlamentarischen und gewerkschaftlichen Scheinkampfs durch die Sektionen der 2. Internationale ermöglichte ihr eigenes Verbrechen in dem Schlamm der sog. Staatsnotwendigkeit der Einführung des Kapitalismus in Sowjetrußland selbst. Ohne Uebertreibung muß heute die bittere Wahrheit konstatiert werden, daß von den proletarisch-kommunistischen Errungenschaften der Oktoberrevolution in Sowjetrußland so gut wie gar nichts mehr vorhanden ist.

Die Sowjetregierung spielt bereits offen den Schmarotzer der internationalen Bourgeoisie und bemüht sich mit allen Mitteln, die russischen Proletarier anstatt zu klassenbewußten Revolutionären zu arbeitswilligen Lohnsklaven für den kapitalistischen Profit zu erziehen. Sie erklärt, die russischen Arbeiter im Kampfe gegen die von ihr selbst eingesetzten Privatkapitalisten nicht unterstützen zu können, da sie dafür (als Arbeiterstaat) kein Geld habe. Und Lenin in eigener Person hat erst vor wenigen Wochen in seiner Rede auf dem 2. Kongreß für politische Aufklärung die Arbeiter mit der Aufforderung „aufgeklärt", ruhig und ohne jeden Widerstand „die russischen Kapitalisten, und ausländischen Konzessionäre 100 Prozent Gewinn einstreichen und sich bereichern" zu lassen. So lauten Lenins eigene Worte! Welch ein schmähliches Ende der in den ersten Oktobertagen 1917 so stolzen proletarisch-revolutionären klassenbewußten Sowjetregierung! Welch ein abgrundtiefer Unterschied zwischen dem Sowjetstaat der russischen Arbeiterschaft vor vier Jahren, heute Kerenskiregierung und Zaren „Alle Macht den Räten" und „Die Betriebe dem Proletariat" waren, und dem „Sowjet"-Rußland von heute, dessen Regierung mit aller Kraft und Demagogie bestrebt ist, das russische Proletariat mit der Einführung des Kapitalismus zu beglücken und den Weltproletariat zum gleichen Zwecke den Schutz ihrer bürgerlich-demokratischen Staatsgewalten und die Errichtung des kapitalistischen Wiederaufbaus zu empfehlen!

An diesem tiefen Fall der Sowjetregierung und ihrer Sabotage der proletarischen Weltrevolution trifft die weitaus größte Schuld nicht etwa das russische Proletariat, dessen heldenmütiger Kampf in der ganzen bisherigen Geschichte des internationalen Proletariats kein Beispiel findet, sondern die deutschen Arbeiter selbst, die durch ihre Passivität in der proletarischen Revolution in Deutschland die Isolierung und die Ohnmacht des russischen revolutionären Proletariats herbeigeführt haben! Sie mögen sich an die Brust schlagen, um dem Schicksal der russischen Revolution lernen und noch zur rechten Zeit das wieder gutmachen, was sie in den vier Jahren vom 7. November 1917 bis zum gleichen Tage in diesem Jahre versäumt und verschuldet haben: Zu ihrem eigenen Interesse und in dem des russischen Bruderproletariats den ersten entscheidenden Schritt der proletarischen Revolution zu tun und in eigenem Lande den proletarischen Rätestaat an Stelle der bürgerlichen Demokratie zu setzen!

Politische Rundschau

Der Kellnerstreik abgewürgt

Der wochenlange Streik der Gastwirtsangestellten wurde von den Streikenden zweifellos mit besonderer Energie durchgeführt. Die Gastwirtsangestellten, die aus den verschiedenartigsten Gründen von jeher dem Unternehmertum nicht in solch schweren Kampfstellung gegenüber standen, wurde durch die Beigabe Verelendung, durch den Hunger zum Kampf gezwungen. Es ist daher nicht weiter verwunderlich, daß die Gastwirtsangestellten besonders in der Illusion befangen, daß ihr Kampf gegen die Verelendung ein rein „gewerkschaftlicher" wäre und mit Politik nichts zu tun hätte.

Die Gastwirtsangestellten schätzten somit ihre Kampfmittel viel zu hoch ein, für sie, denen der Kampf etwas Neues ist, ist die erste Begeisterung und der Glaube an die Gewerkschaften um so größer. Der Gedanke, daß die Gewerkschaften die Aufgabe haben, in der heutigen Situation das Proletariat so zu schwächen durch isolierte Streiks, daß der Kapitalismus auf Kosten dieses Proletariats seinen „Wiederaufbau" durchführen kann, ist ihnen noch absurd. Sie nahmen den „Aufruf zum Generalstreik" noch ernst, sie waren so ehrlich, um die ganz gemeinen Tricks ausgekochter Gewerkschaftsbureaukraten zu durchschauen und erst, als sie auf Durchführung des Beschlusses drängten, erfuhren sie von ihren Verbandsgöttern, daß diese Bedenken gegen die Erschütterung der kapitalistischen Wirtschaft hegten und der Aufruf ein plumper Schwindel war.

So hat auch dieser Streik geendet, wie er enden mußte, wie alle gewerkschaftlichen Streiks enden werden. Die Einstellungsbedingungen sind folgende:

1. Maßregelungen aus Anlaß des Streiks finden nicht statt.
2. Die Industriebahnen der Unternehmungen erfolgt, so daß dies baldigst möglich ist.
3. Die Wiedereinstellung der Streikenden erfolgt nach Maßgabe der freien Stellen, wobei die Dienstältesten und Verheirateten zunächst zu berücksichtigen sind. Auswärtige, die während des Streiks eingestellt sind, sind zum zunächst zulässigen Termin zu kündigen. Dasselbe gilt für Kellner, die vor dem 1. Oktober nicht als Kellner tätig waren. Ueber strittige Rechtsfälle entscheidet eine paritätische Kommission von je drei Mitgliedern der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerparteien unter Vorsitz eines Unparteiischen.
4. Bei Neueinstellungen sind zunächst die nicht sofort Eingestellten, im Streik befindlich Gewesenen einzustellen.
5. Angestellte, die einer strafbaren Handlung überführt sind, berauben in den Betrieben, gegen welche sie diese strafbare Handlung begangen haben, nicht eingestellt zu werden. Ueber Zweifelsfälle entscheidet in Streitfällen die unparteiische Kommission.

Dies ist die vollständige Kapitulation, die Unternehmer stellen „nach Maßgabe der freien Stellen" ein, und diejenigen, die „strafbare Handlungen" begingen, überhaupt nicht. Die Gewerkschaften erklären diesen Streik für beendet.

Die „Rote Fahne", dieses Schandblatt, das die Gewerkschaften in den siebenten Himmel hob, schreibt:

„Nach Lage der Dinge ist unserer Auffassung nach eine Weiterführung des Kampfes für die Streikenden unmöglich geworden. Es wird ihnen, so bedauerlich das in ihrem und im Interesse der Gesamtarbeiterschaft auch ist, nichts weiter übrig bleiben, als den Kampf abzubrechen."

Das ist der Weisheit letzter Schluß von Leuten, die sich von den übrigen nur in der noch größeren Verlogenheit unterscheiden.

Wie die Gewerkschaften denken, zeigt der „Vorwärts" vom Dienstag Morgen, dort heißt es:

„Die Zeit zur ruhigen, sachlichen Beurteilung der Situation scheint noch nicht gekommen zu sein. Die Bitterkeit zwischen dem Kampf und dem Schiedsspruch war noch zu kurz, Hoffentlich führen die weiteren Verhandlungen zur Einigung über die möglichst baldige Aufnahme der Streikbrecher, die so „ihre Schuldigkeit getan" haben."

Das heißt mit anderen Worten: Wir waren zu offen, aber es ging nicht anders, sonst hätten diese „angeschnittenen Elemente" noch wer weiß wie lange gestreikt. Das übrige wird schon werden.

Wenn wird das Proletariat endlich begreifen, daß der Kampf um das Leben des Proletariats ein Kampf um die Zerschmetterung des bürgerlichen Staates mit seinen Gewerkschaftsabteilungen ist?

Rechter Hand, linker Hand — alles verfaulicht

Die Sektion der 3. Internationale ist zweifellos zu Lebanern. Man hat sie bei der Feier des 9. November wieder ausgeschaltet — so sagt sie wenigstens. In Wirklichkeit stimmt dies nicht, denn die Gewerkschaften rufen doch auf, und diejenigen KPD.-Leute, die nicht in den Gewerkschaften sind, gehören doch auch der KPD. selbst aber nicht in die KPD.

Also dies stimmt nicht, daß man die KPD. ausgeschaltet hat. Wenn man in „führenden Gewerkschaftskreisen" die KPD. als Partei nicht mehr ernst nimmt, so hat sie KPD. selbst schuld. Sie hat eine Gruppe „Rechter" ausgeschlossen, und ein Teil ist selbst gegangen. Die KPD. sagte stets, die Leviten stehen „rechts". Wir haben immer gesagt, daß die KPD. sich von den Leviten nur durch die größere Konfusion unterscheidet. Hören wir einmal die Leviten selbst. Anläßlich des Exzbergermumms veröffentlicht die Leviengruppe in „Unser Weg" Nr. 11 unter dem Titel: „Stolz weht die Flagge schwarz-rot-gold . . ." einen Artikel, dem wir folgende Stelle entnehmen:

„In der „Roten Fahne" (31. August, Abendblatt) ist zu lesen:

„Die Arbeiterschaft allein kann die Republik vor der Reaktion beschützen. Der Staatsapparat muß seiner Zusammensetzung nach versagen. Die Arbeiterschaft hat das Recht und die Pflicht, den Schutz der Republik vor der Reaktion zu übernehmen, und gegen Arbeit dabei zu leisten."

Was war geschehen? Legt auch die „Rote Fahne" das Bekenntnis zur demokratischen Republik und zur Bewirklichung der Diktatur des Proletariats in ihrem Rahmen ab? Wir glauben mit nichten, daß dem so ist; wir glauben vielmehr, daß hem andere Gedanken zugrunde liegen, nämlich die: Aktion ist Aktion. Aktionen muß man „mitmachen". Kann man es nicht im roten Kittel, so legt man die schwarz-rot-goldenen Schärpe um, — wenn man nur mitmacht.

Wir, die wir selbst aller Sünden des „Opportunismus" und „Menschewismus" bloß sind, bermahnen nicht, an dieser Stelle den Vorwurf zurückzugeben. Denn in der Tat: Opportunismus ist das nicht. Für Opportunismus ist die Politik zu — naiv. Warum will die KPD. halbe Sachen machen, daß sie bei der schwarz-rot-goldenen Gösch im Gewerkschaftszug gehen? Wir wählen für dann entweder, ganze Arbeit zu machen. Wenn sie sehen, wie an sozialistischen Demonstrationen teilnehmen zu können, schwarz-rot-gelben flaggt; warum nicht Mitglied bei der SPD. werden? Denn ist die „Einheitsfront" wirklich „geblüht" und sie ist bauen bei den Demonstrationen teilbetrieben, und braucht sich nicht ans Mitmachen bedrängen zu lassen. Dann hätte auch die Komödie ein Ende, — „Opportunismus" und „Realpolitik" hin- und herpendelt, wie der Esel zwischen den Futterhaufen: vorausgesetzt, daß die SPD. sich nicht bedankt. Denn darüber kann kein Zweifel sein: solche Zustände, wie sie, in denen die KPD. existiert, pflegen sehr rasch in ihr Gegenteil sich zu verkehren. So reiß wie aus der „Offensive" die „konkrete Politik" nach, wird aus der „konkreten Politik" wieder die „Offensive" werden. Der bedenkliche Theoretiker wird beides wieder marxistisch beweisen.

Vorläufig also ist schwarz-rot-gold im Hock. Daß es nicht holzer flattert: daran ist nicht die SPD. schuld. Das tut der Wind."

Die Leviengruppe veröffentlicht weiter in ihrem Mitteilungsblatt eine programmatische Erklärung, die so recht den Geist Dämmig atmet, in der es heißt:

„Wir werden es aber auf das schärfste zurückweisen, wenn im Zusammenhang mit solchen kämpfen Anschauungen vertreten werden, die fern von allem Kommunismus sind. Wir weisen die bürgerliche Illusion zurück, als könne durch Beteuerung dem Staat die Möglichkeit gegeben werden, „das gesamte Wirtschaftsleben zu beherrschen und nach den Bedürfnissen der Allgemeinheit zu regeln". (Ernst Meyer in „Rote Fahne" vom 19. August 1921.)

Nun sage noch einer, die KPD. steht links von Levi. Aber dies zu sagen, wagt die KPD. schon gar nicht mehr. Ihr Verhalten gegenüber der Leviegruppe ist genau dasselbe, wie gegenüber der KAPD. Die KPD. sagt eb vor, nichts zu sagen, außer: „daß sie politische Auseinandersetzung nicht scheut". Wir gehen nicht fehl, wenn wir annehmen, daß die KPD. von der Bildung der „Einheitsfront" am 9. Nov. aus reiner Angst vor den „Rechten" Abstand genommen hat. Hätrdahr, eine würdige Sektion der 3. Internationale.

Aussperrung in Mannheim.

Mannheim, 7. November. (WTB.) Die Firma Benz u. Co. wird den Betrieb ihrer Lokomotivfabrik am Dienstag früh einstellen und die gesamte Arbeiterschaft, etwa 3500 Mann, entlassen wegen fortgesetzter Demonstrationen der Arbeiterschaft, die mit Versammlungen auf dem Fabrikhof, Eindringen in die Verwaltungsgebäude und Direktionsbureaus und Bedrohung der Direktion verbunden waren, sowie der Meuterei früh erfolgten Mißhandlung und Verjagung von Betriebsbeamten. Die Schlichtung der Bezwerte steht mit dem zurzeit zwischen den zuständigen Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretern schwebenden Verhandlungen über Lohnforderungen in keinem Zusammenhang.

Streik in Saarbrücken.

Saarbrücken, 7. November. (WTB.) Außer den Straßenbahnern, die seit gestern im Streik stehen, um die dem Stadtverordnetenbeschluß gemäße Gehaltserhöhung zu erreichen, sind heute auch andere städtische Angestellte und Arbeiter in den Ausstand getreten, so die städtische Müllabfuhr und die städtischen Betriebswerke. Notstandsarbeiten werden verrichtet, doch findet zwischen 5 Uhr abends und 5 Uhr morgens keine Beleuchtung mit Gas und Elektrizität statt, die Stadt liegt in nächtigen Dunkel, die meisten Geschäfte haben geschlossen.

Karl Liebknechts letzter Aufruf aus dem Zuchthaus *)

(28. September 1918.)

Im Nachlaß Karl Liebknechts fand man unter andern unveröffentlichten Arbeiten auch den folgenden Aufruf. Drei Jahre sind vergangen. Blut, Granen, Mord, Verrat, Triumph der Niedrigkeit und Verleumdung der Idee kennzeichnen sie. Alle Opfer scheinen vergeblich gebracht. Drei fürchterliche Jahre sind vergangen. Und hinter Zuchthausmauern eingekerkert, gefoltert, bis aufs Blut gequält sitzen Arbeiter, Kämpfer der Revolution, leidenschaftliche Pioniere einer neuen Zeit. Der Kläuste, Hölz, wird mißhandelt, vier Tage und vier Nächte in eine „Beobachtungszelle" gesperrt und mit raffinierter Brutalität gemartert. Drauen aber regieren Männer, die sich Sozialisten oder Christen nennen . . . Drei Jahre vergingen. Die Front blieb die gleiche.

Deutsche Arbeiter! Deutsche Soldaten!

Es ist erreicht! Die Sehnsucht der Regierungssozialisten ist erfüllt; ihr Geschlunger nach den Fleischtöpfen des Militarismus ist gestillt. Es ist erreicht! Ein paar von ihnen sind ins Paradies der Wilhelmstraße aufgenommen, gnädig begrüßte, schmarotzende Kongreßonschulzes und Kompromiß-Müllers.

Aufsteinlich zeigt sich der Zweck der Uebung: euch weis zu machen, das sei nun eure Regierung, — eine neue Zeit sei für euch angebrochen, weil sie für Scheidemann angebrochen ist, ihr lebtet im Paradies, weil Scheidemann darin lebt.

Aber Scheidemann und die anderen sitzen nicht als eure Führer, sondern als eure Verführer in der Regierung! Sie sind Zeigenblatt des Absolutismus, Bienbwerk für euch, Schutzschild der herrschenden Klassen. Sie sitzen in der Regierung, um eure wankende Klassenherrschaft zu stützen, um die kapitalistische Gewaltherrschaft eurer Klasse zu verteidigen, um euren Zorn, um den Blutstrahl des Volksgerichts abzulenken von eurem Erzfeinden, eure Erzfeinde unter den Schutz der sozialdemokratischen Flagge zu stellen — vor euch! Um euch zu veranlassen, euch für eure Erzfeinde begeistert hinschlachten zu lassen, im Wahne, ihr kämpftet nun für euch selbst.

Dazu, zu dieser infamen Komödie des Volksbetrugs, dem schändlichsten Manöver, das noch gegen euch verübt wurde, dazu haben sich die Führer der Regierungssozialisten hergegeben!

Wendet ihr euch nun ab?

Besseret der Scheidemannsche Ministerfrack das geringste am Kern und Wesen der heutigen Zustände? Erfischert, lanciert sie nur, wenn's glückt.

Bisher opfertet ihr euch für Hohenzollern, Hindenburg, Krupp, Junker und Deutsche Bank! Für was merkt ihr Fortsetzung euer Blut, euren Schweiß verzichtet, wenn ihr weiterkämpftet?

Für Scheidemann und Hohenzollern, für Scheidemann und Hindenburg, für Scheidemann und Krupp, für Scheidemann und Junkertum und preußisches Herrenhaus und Ausnahmegesetze und Polizeiwirtschaft und Preußen; für Scheidemann und Kapitalismus, Aindeutung und Unterdrückung; für Scheidemann und Maschinengewehre gegen streikende und demonstrierende Arbeiter, für Scheidemann und Militarismus, Säbeldiktatur, Belagerungszustand; für Scheidemann und Klassenherrschaft; für Scheidemann und Imperialismus; für Scheidemann und Thron und Geblüt der Herren; für Scheidemann und blaue Bohnen und Hungerkerkern im Proletariat! für Scheidemann und Verlängerung des Kriegs und Vorbereitung neuer Kriege.

Denn alles dies heißt heute Scheidemann — und Klassenjustiz, Kriegsgerichte, Schutzhaft, Zuchthaus für unsere Besten dazu.

Werdet ihr euch nun ab führen lassen?

Die Scheidemann-Regierung, das ist eine gegenrevolutionäre Tat, ein gegen euch geführter tückischer Schlag zur Verhinderung des Siegs, der euch jetzt winkt, den ihr jetzt in Händen haltet wenn ihr nur zugreift; zur Verhinderung der Revolution.

Werdet ihr euch nun führen lassen?

Durch falschen Schein des Augenblicks euch um die zukünftige Wirklichkeit zu prellen, das ist der Zweck der Scheidemann-Regierung.

Werdet ihr euch nun führen lassen?

Neuer Burgfrieden für die herrschenden Klassen, Wiederherstellung des inneren Front für die Fortsetzung des imperialistischen Krieges, neue Auslieferung der Volksmassen an die Machthaber: das heißt die Scheidemann-Regierung.

Werdet ihr euch nun führen lassen?

Nun eure Antwort anderes lauten als: Doppelt verschärfter Kampf! Nieder mit der pseudosozialistischen Regierung des Zuchthausbriefes! Nieder mit Scheidemann und den Hohenzollern, Hindenburg! Nieder mit Scheidemann und dem Imperialismus! Nieder mit Scheidemann und dem Krieg!

Werdet ihr euch nun führen lassen?

Die russischen Arbeiter sagten mit Zug den pseudosozialistischen Kerenski zum Teufel, obwohl er turmhoch das Scheidemann-Gelichter überragt. Nun wohl — folgt ihrem Beispiel — vollzieht euer Verdikt gegen diese untreuen Arbeiterführer von einst, die verräterische Gödlinge des Imperialismus geworden sind — vollzieht euer Verdikt — schonungslos — denn kein schnöderer Verrat kann sein, als zur Zeit der grausigsten Gut- und Blutaufsaugung der Volksmassen mit den Todfeinden der Volksmassen zu paktieren, um ihnen die Volksmassen zu überantworten.

Ihr verhaucht nicht um das Linsengericht des preußischen Wahlrechts das Erstgeburtsrecht des Proletariats. Euer Ziel ist nicht ein neuer Burgfrieden für die Gewaltsabert. Ist nicht eine pseudosozialistische Leibwache der herrschenden Klassen in der Regierung! Ist nicht Aufrechterhaltung der kapitalistischen Fron, der politischen Knechtung.

Euer Ziel ist: die Republik und der Sozialismus — die sozialistische Volksrepublik!

Euer Ziel ist weder ein ganzer, noch ein halber Reform-Hambug, weder eine Hertlingsche, noch eine Scheidemannsche Klassenregierung; keinen Hertlingschen und keinen Scheidemannschen Imperialismus, keinen Hertlingschen und keinen Scheidemannschen Krieg und Hunger!

Euer Ziel ist: Schluß mit Kapitalismus und Hohenzollern, mit Polizeibütteln und Junkertum, mit Militarismus und Belagerungszustand und Zuchthausknuto, mit Krieg und Hungersnot.

Nieder mit dem Krieg, nieder mit der Regierung bleibt die Parole!

Nieder mit den Scheidemännern und allen Verrätern der Arbeiterklasse!

Es lebe die Revolution des deutschen Proletariats!

Die Stunde ist günstiger als je! Nutzt sie! Laßt sie euch nicht durch Trug und Schmeichelreden ablullen! Schmiedet das Eisen so lange es heiß ist! Der Augenblick zum Handeln ist da —; deutsches Proletariat, tue deine Pflicht!

Gegen ein revolutionäres Deutschland marschiert keine feindliche Armee. Die deutsche Revolution ist der Friede. Die regierungssozialistische Schwindelreform, das ist der Krieg, die Fortsetzung des Krieges ins Endlose.

Nieder mit Hohenzollern, dem Hohenzollern, dem Scheidemann, dem Ministerfrack, nieder die Front eurer Feinde.

*) Wir entnehmen diesen Artikel nebst Einleitung dem „Forum". Wie haben keine Veranlassung, etwas hinzuzufügen. K. Red.

Die verbrecherischen Methoden des zusammenbrechenden Kapitalismus!

53 Milliarden Mark Fehlbetrag im Staatshaushalt 1921, 84,9 Milliarden Fehlbetrag im Jahre 1922

Wie die Ausführungen Hermes' zeigen, zerfällt, so müssen folgerichtig um so größere energische Zwangsmittel geschaffen werden, ihn in völlige Abhängigkeit seiner Beichtsäbader zu bringen.

Sichtbare und unsichtbare Gewinnmethoden.

Inzwischen schaffen die Unternehmer Gewinne über Gewinne. Sie zu verbergen, gibt es immer neue Methoden. In jedem Betrieb erscheint alle 14 Tage der „Steuerberater", ein neuer Berat, mit dem verzeihlig Bücherrevisoren und ehemalige Steuerbeamten Riesensummen verdienen, indem sie den sorgenvollen Unternehmern zeigen, wo jeweilig das Gesetz eine Lücke gelassen hat, wie man die Buchungen vorzunehmen hat, um die Bilanz so „harmlos" wie möglich ausfallen zu machen. Mit Verbriefung konstatieren die Unternehmer, daß sie auf diese Weise im Kampf mit der Steuerbehörde immer Sieger bleiben müssen, denn da sie für ihre Zwecke fortwährend Gehälter zahlen können, viel höhere als der Staat seinen Beamten, so sind es immer die tüchtigen Finanzbeamten, die das Spatzel zu sich herbeiziehen, während die weniger tüchtigen Tröpfe in den Steuerämtern sitzen und vergeblich in den eingereichten Bilanzen herumschnüffeln, um sich eine „Steuerhinterziehungsentdeckungsprämie" zu verdienen. Ja, es gibt notorisch Fälle, wo dem kontrollierenden Beamten absichtlich eine geringfügige „irrtümliche" Buchung deutlich sichtbar mit vorgelegt wird, damit er sie entdecken kann und um sich Geltung zu verschaffen, einer kleinen so verdienten Prämie die betreffende Bilanz mit ihren großen besser versteckten Buchungsmanövern ungesehen leicht und „erledigt" beiseit legt!

Aber auch abgesehen von den versteckten Gewinnen berichtet der Handelsteil der bürgerlichen Presse eine deutliche Sprache über die sichtbaren. Unsere Dividendenverteilungen mögen nur durch ein paar weitere Zahlen ergänzt werden:

Walzengießerei Korm. Ritsch u. Co., Siegen, 25 Prozent; Rheinmühlenwerke, Mannheim, verdoppelt die Dividende des Vorjahres auf 25 Prozent; Maschinenfabrik Kappel, Chemnitz, steigerte von im Vorjahre 30 auf 40 Prozent; Maschinenbau A.-G. Gebr. Klein, Dahlbruch i. W., von 12 Prozent im Vorjahr auf 30 Prozent; Karges-Hammer Maschinenfabrik, Braunschweig, verteilt außer 25 Prozent Dividende eine Extravergütung von 1000 Mark pro Aktie, also im ganzen ein Bezirksjahr der Aktionäre von 125 Prozent.

Riesenverdienste heimst das allein die Zuckerindustrie ein:

Die Zuckerraffinerie Halle 173 Prozent Dividende.

Die Zuckerfabrik Frankfurt A.-G. erzielt ihre vorjährige Dividende von 34 Prozent auf „nur" 36 Prozent, bietet aber jedem Aktionär neu zur Ausgabe gelangende Aktien zum Kurse von 120 Prozent an, lief unter dem Börsenkurs dieses Papiers, so daß dadurch ein erneuter Riesengewinn den Aktionären in den Schoß fällt.

Interessant sind auch die Methoden, wie das Kapital sich seine leitenden Beamten, die Direktoren seiner Gesellschaften usw. kauft: Das „Berl. Tageblatt" macht darauf aufmerksam, daß die Karl-Linkström-Aktiengesellschaft von ihrer Kapitalerhöhung von 25 auf 45 Millionen Mark den Direktionsmitgliedern 1 Million Aktien zum Kurs von 190 Prozent zuteilt, während der Börsenkurs 700 Prozent war. Das „B. T." rechnet aus, daß dies ein Kursgewinn von 5,1 Millionen Mark bedeute, für jedes der vier Direktionsmitglieder also 1,4 Millionen Ertragsverbunden!

Der Profit baut sich auf dem Unverkauf Deutschlands auf.

Der Ausverkauf Deutschlands, der diese Riesenprofite bei einem kleinen Teile seiner Bevölkerung ermöglicht, ist bisher auf Kosten der ins Grenzenlose gehenden Ausbeutung der riesigen Mehrheit, des Proletariats. Während dem schaffenden diese Werte produzierenden Arbeiter die Werte aus den Händen gerissen wird, weil sie durch diesen Prozeß im Zustand viel zu knapp und damit zu teuer wird, als daß er sie kaufen könnte, fließen sich nicht nur die Taschen, sondern auch die Vorratsräume der Bourgeoisie. Die Einkäufer von Wertheim, Tietz usw. reisen in die Textilgegenden, um einzelne den Stoff für acht bis zehn Anzüge zusammenzuschleppen. Ihre Ware an notwendigen Bedarfsartikeln sind ebenso gerdumt, wie die Speisekammern und Garderobenschränke der Bourgeoisie ausgeräumt sind mit Möbel, Kartoffeln, Zucker, Kunstseidenstoffen, Würsten und Speck mit Kleidern und Schuhwerk für den ganzen Winter.

Und der Proletariat, der diese Werte geschaffen hat, aber das Geld nicht hat, sich seine zerrissenen Stiefel besohlen zu lassen, geschweige denn sich neue zu kaufen, läßt sich alles gefallen und läßt sich von seinen Parteien und Führern ein Lebeleum, der in Frankreich Lebensjahre auf die Regierung Millerand vom Eindruck ließ, in beständiges Dulden und Ertragen unter die Zuchthauspeitsche hineintreiben, die mit Hilfe der Gewerkschaften jetzt aufzuhalten kommen sollen!

Paris nicht mehr ernst nimmt, so hat sie SPD. selbst schuld. Sie hat eine Gruppe „Rechter" ausgeschlossen, und ein Teil ist selbst gegangen. Die KPD. sagte stets, die Leviten stehen „rechts". Wir haben immer gesagt, daß die KPD. sich von den Leviten nur durch die größere Konfusion unterscheidet. Hören wir einmal die Leviten selbst. Anläßlich des Exzbergermumms veröffentlicht die Leviegruppe in „Unser Weg" Nr. 11 unter dem Titel: „Stolz weht die Flagge schwarz-rot-gold . . ." einen Artikel, dem wir folgende Stelle entnehmen:

„In der „Roten Fahne" (31. August, Abendblatt) ist zu lesen:

„Die Arbeiterschaft allein kann die Republik vor der Reaktion beschützen. Der Staatsapparat muß seiner Zusammensetzung nach versagen. Die Arbeiterschaft hat das Recht und die Pflicht, den Schutz der Republik vor der Reaktion zu übernehmen, und gegen Arbeit dabei zu leisten."

Was war geschehen? Legt auch die „Rote Fahne" das Bekenntnis zur demokratischen Republik und zur Verwirklichung der Diktatur des Proletariats in ihrem Rahmen ab? Wir glauben mit nichten, daß dem so ist; wir glauben vielmehr, daß hem andere Gedanken zugrunde liegen, nämlich die: Aktion ist Aktion. Aktionen muß man „mitmachen". Kann man es nicht im roten Kittel, so legt man die schwarz-rot-goldenen Schärpe um, — wenn man nur mitmacht.

Wir, die wir selbst aller Sünden des „Opportunismus" und „Menschewismus" bloß sind, bermahnen nicht, an dieser Stelle den Vorwurf zurückzugeben. Denn in der Tat: Opportunismus ist das nicht. Für Opportunismus ist die Politik zu — naiv. Warum will die KPD. halbe Sachen machen, daß sie bei der schwarz-rot-goldenen Gösch im Gewerkschaftszug gehen? Wir wählen für dann entweder, ganze Arbeit zu machen. Wenn sie sehen, wie an sozialistischen Demonstrationen teilnehmen zu können, schwarz-rot-gelben flaggt; warum nicht Mitglied bei der SPD. werden? Denn ist die „Einheitsfront" wirklich „geblüht" und sie ist bauen bei den Demonstrationen teilbetrieblich, und braucht sich nicht ans Mitmachen bedrängen zu lassen. Dann hätte auch die Komödie ein Ende, — „Opportunismus" und „Realpolitik" hin- und herpendelt, wie der Esel zwischen den Futterhaufen: vorausgesetzt, daß die SPD. sich nicht bedankt. Denn darüber kann kein Zweifel sein: solche Zustände, wie sie, in denen die KPD. existiert, pflegen sehr rasch in ihr Gegenteil sich zu verkehren. So reiß wie aus der „Offensive" die „konkrete Politik" nach, wird aus der „konkreten Politik" wieder die „Offensive" werden. Der bedenkliche Theoretiker wird beides wieder marxistisch beweisen.

Vorläufig also ist schwarz-rot-gold im Hock. Daß es nicht holzer flattert: daran ist nicht die SPD. schuld. Das tut der Wind."

Die Leviegruppe veröffentlicht weiter in ihrem Mitteilungsblatt eine programmatische Erklärung, die so recht den Geist Dämmig atmet, in der es heißt:

„Wir werden es aber auf das schärfste zurückweisen, wenn im Zusammenhang mit solchen kämpfen Anschauungen vertreten werden, die fern von allem Kommunismus sind. Wir weisen die bürgerliche Illusion zurück, als könne durch Beteuerung dem Staat die Möglichkeit gegeben werden, „das gesamte Wirtschaftsleben zu beherrschen und nach den Bedürfnissen der Allgemeinheit zu regeln". (Ernst Meyer in „Rote Fahne" vom 19. August 1921.)

Nun sage noch einer, die KPD. steht links von Levi. Aber dies zu sagen, wagt die KPD. schon gar nicht mehr. Ihr Verhalten gegenüber der Leviegruppe ist genau dasselbe, wie gegenüber der KAPD. Die KPD. sagt eb vor, nichts zu sagen, außer: „daß sie politische Auseinandersetzung nicht scheut". Wir gehen nicht fehl, wenn wir annehmen, daß die KPD. von der Bildung der „Einheitsfront" am 9. Nov. aus reiner Angst vor den „Rechten" Abstand genommen hat. Hätrdahr, eine würdige Sektion der 3. Internationale.

Aus der Partei

Bericht von der Zentralausschußsitzung

Die am 31. Oktober tagende Zentralausschußsitzung hatte folgende Tagesordnung:

1. Politische Lage.
2. Taktik der Partei.
3. Organisation.
4. Presse.
5. Finanzierung.
6. Anträge und Verschiedenes.
7. Wahlen.

Auf Antrag des geschäftsführenden Hauptausschusses wurde Punkt 4, Zeitungsfragen, als erster Punkt behandelt. Ein Vertreter des geschäftsführenden Hauptausschusses führte zu diesem Punkte aus:

Die Frage der Zeitung sodann bringen der Klärung. Die Berliner Organisation hätte sich Uebergriffe erlaubt, die auf keinen Fall hingehen könnten. Die Frage hänge eng zusammen mit der Gesamtorganisation. Der GO. erstickt in den Versuch der Berliner Genossen, die Expedition der Zeitung dem GO. zu entreißen einen eigenmächtigen Eingriff in die Rechte des GO., der schon aus dem Grunde zurückgewiesen werden müsse, weil der GO. dadurch die lebendige Fühlung verlieren würde. Außerdem sei dieser Schritt erfolgt ohne Befragen der Berliner Mitglieder.

Die Berliner Genossen erklärten dazu, daß dies alles richtig sein mag. Doch könne es nicht angehen, daß Berlin die Unkosten der Zeitung allein trage. Bisher haben die

Entwicklungsstadium. Für entscheidender Weltmächte. Übergang, prägte er, wie der große politische Erfolg Briands im Senat und in der französischen Kammer den Sieg einer Regierung bedeute, die gegenüber den extremen nationalistischen Treibereien des Poincaré, Clemenceau usw. die Linie der internationalen Verständigung, der Abkommen und Einigung herbeiführen wird. Die bevorstehende Washingtoner Konferenz wird die weiteren Ergebnisse dieser Entwicklung deutlich sichtbar machen. Redner zeigte, wie auch hinter den leeren Protestationen in der oberschlesischen Frage in Wahrheit der Entschluß der deutschen Schwerindustrie und des Großkapitals steht, den Schein einzugestehen, den die Entente praktiziert in der Sicherheit, daß bei allen politischen und wirtschaftspolitischen Entscheidungen weder das Privateigentum angetastet, noch der Profit für alle deutschen Kapitalisten gefährdet wird. Diese Entwicklung der Politik zu einer internationalen Interessengemeinschaft der bürgerlichen Staaten hat natürlich seine sehr realen ökonomischen Unterlagen: das gemeinsame Schicksal der katastrophalen Krise zwingt Sieger und Besiegte, niedriglohnige und hochlohnige Länder zu gemeinsamem Vorgehen. Aber wenn auch das Kapital seinen Profit rettet, so zerstört es doch dabei fortgesetzt weiter die Wirtschaft und verschärft dadurch die Krise des Kapitalismus, die sich immer mehr, immer deutlicher zu einer Todeskrise entwickelt. Führt doch die Methode der Rettung des Kapitals gerade dazu, daß durch die Verarmung breiter großen Massen, der Kapitalismus sich selbst in steigendem Maße den Konsumentenkreis verkleinert, den er doch braucht, um den nötigen Absatz zu finden. So baut er Zug um Zug seinen Profit auf fortgesetzt verringerter Produktionsbasis auf, um schließlich an der nicht zu überbrückenden Krisis zugrunde zu gehen. Gleichzeitig werden die Massen in steigendem Maße proletarisiert. Das Kapital konzentriert sich in immer weniger Händen: die Konzentration und die Akkumulation des Kapitals wird auf die letzte Spitze getrieben. Dem profitschaffenden deutschen Großkapital wird selbst nicht ganz wohl dabei. So schreibt unlängst die schwerindustrielle „Bergwerkszeitung“:

„Man darf sich keiner Täuschung darüber hingeben, daß die heutige Konjunktur in Deutschland, die durch den Sturz der Reichsmark hervorgerufen worden ist, auf keinen festen Grundlagen beruht. Gleichsam wie die frische Farbe der Gesundheit, sondern die fiktive Röte des Fieberkranken, die das Antlitz der deutschen Wirtschaft bedeckt.“

Wenn die Arbeiterschaft die Dinge so klar sehen würde, wie das Unternehmertum, so würde sie begreifen, wie eminent revolutionär die Situation dennoch bleibt!

Der darauf folgende Referent, der über Taktik sprach, sagte: Man müsse unterscheiden zwischen der Arbeit der einzelnen Genossen innerhalb der KAU. und der Partei als Partei. Wenn man von Taktik spricht, so müssen wir beweisen, daß die Krise die Todeskrise des Kapitals ist. Von diesem Gesichtspunkt aus gehe es für die Partei nur eines: Festhalten am Ziel. Wir müssen den Arbeiter sofort sagen, was wir wollen, ohne jede Winkelzüge. Unsere Gesamtheit muß dazu beitragen, daß die Arbeiterschaft über die Zuchthausgesetze, die ein Produkt der Gewerkschaften wären, aufzuklären, den Kämpfen einen revolutionären Charakter zu geben und bei diesen Kämpfen die Aktionsausschüsse in den Vordergrund zu schieben.

Ein Vertreter der Aktionsausschüsse sprach über den Streik der Erwerbslosen in Berlin. Er forderte alle Genossen im Reiche auf, die Propaganda unter den Erwerbslosen mit verdoppelter Kraft aufzunehmen, damit die Bewegung eine breitere Basis bekäme. Vor allen Dingen müsse darauf geachtet werden, daß kein Genosse der KAU. sich an der Wahl der Magistratsräte beteilige, und er forderte rücksichtslose Vorgehen gegen solche Genossen mit Ausschluß aus der Partei.

Mit dem Gelöbnis, alles zu tun, um die Schlagkraft der Partei zu erhöhen und die Opfer der sozialdemokratischen Justiz noch mehr als bisher zu unterstützen, gingen die Delegierten auseinander.

Bericht

von der konfiszierten Bezirkskonferenz der KPD. und KAU. des Wirtschaftsbezirks Südwestdeutschland

Am 29. und 30. Oktober tagte in Frankfurt a. M. die Bezirkskonferenz Südwestdeutschlands.

Am 29. Oktober abends 8 Uhr wurde die Konferenz von dem provisorisch gebildeten Bezirksausschuß eröffnet.

Nach kurzer Geschäftsordnungsdebatte wurde die Tagesordnung nach folgender Diskussion festgelegt:

1. Politische Lage.
2. Union und Partei.
3. Lage und Taktik der Partei und Union.
4. Stellungnahme zur Reichskonferenz.
5. Organisatorisches.
6. Unterstützungsfrage.
7. Jugend- und Frauenfrage.
8. Verschiedenes.

Die Mandatsprüfung ergab die Anwesenheit von 16 Delegierten von 8 Ortsgruppen, 1 Delegierter vom Unterbezirk Mannheim, 4 Vertreter vom Bezirksausschuß, 1 Referenten. Ein zweiter Referent war als Delegierter zur Zentralausschußsitzung berufen und daher abwesend.

Der politischen Lage referierte Genosse Wannemann von der KAU.-Ortsgruppe Gießen. In seinem Referat führte er die immer mehr aufspitzende Lage zum Ausdruck und daß in stärster Steigerung die bedeutsamen Frühjahrskämpfe und die Massenaktionen aus den immer schärfer hervortretenden Klassengegensätzen für das revolutionäre Proletariat heraus. Die Konferenz einstimmige Diskussion zeigte, daß die Delegierten nicht nur mit dem Referat einverstanden waren, sondern daß sich darum erneut die Notwendigkeit der Kampfes als unbedingte Forderung der Stunde aufdrängte.

Zum 2. u. 3. Punkt referierte Gen. Werner in einem zusammenfassenden Vortrag, in der zu Punkt 3 als Referent in Betracht gezogene Genosse durch gemeinsame Zentralausschußsitzung am Erscheinen verhindert war.

In verständlicher Form schilderte Redner das unbedingte Zusammengehörigkeitsverhältnis von KPD. und KAU. Beiden Organisationen sind grundverschiedene Aufgaben historisch zu lösen übertragen, aber beide, Partei und Union, werden ihre Aufgaben nur in engster Verbindung lösen können. Soll die KAU. in fruchtbarer Verbindung mit den proletarischen Massen durch die Betriebsorganisationen das Fundament der proletarischen Bewegung bilden, so hat die KPD. die von der KAU. mobilisierte Masse in Schlachtenordnung zu formieren, Angriffskolonnen zu gruppieren und in den schwierigsten Fällen selbst den Vortrupp zu übernehmen.

Die darauf einsetzende Diskussion zeigte, daß in der Erkenntnis des Verhältnisses von KPD. zur KAU. noch manche Unklarheit herrscht und demzufolge noch immer einseitige Einstellungen der Genossen zu verzeichnen sind.

Treffend kam in einem Schlußantrag zum Ausdruck, daß das Verhältnis der KPD. zur KAU. nicht abhängig ist von dem guten oder bösen Willen des einen und anderen, sondern daß es bestimmten Gesetzen unterworfen ist. Es ist ein Nichtverkennen der historischen Entwicklung, einer der beiden Organisationen eine wichtigere Aufgabe als der anderen zuschreiben zu wollen.

Folgender Antrag wurde einstimmig angenommen:

„Angesichts der Tatsache, daß die KPD. von ihren Mitgliedern verauszahlt, daß sie Mitglieder der KAU. sein müssen, darf in den Versammlungen der KAU. die Kritik an der KPD. nicht so weit gehen, daß die Existenzmöglichkeit der KPD. auch als erschwerender Zeit der KAU. verneint wird.“

Zu Punkt 4 wurde zur Reichskonferenz der KAU. Stellung genommen und die Haltung der Delegierten in den wichtigsten Punkten festgelegt.

Folgende Anträge wurden eingebracht und angenommen:

Beitragsleistung der KAU.: „Die Höhe der zu entrichtenden Beiträge bestimmen die Mitgliedschaften selbständig, jedoch dürfen dieselben laut Beschluß der Bezirkskonferenz vom 29. und 30. Oktober mindestens nicht unter 2 M. betragen.

„Für das Aufbringen der Mittel zum Auf- und Ausbau des Bezirkes und des Reiches wird die auf weiteres monatlich ein Kampffonds von 3 M. erhoben. Beitrags- und Kampffondsleistung wird wie folgt abgeführt:

Von dem Mindestbeitrag wird pro Mitglied 30 Pfennig an den Unterbezirk abgeführt, 10 Pfennig an den Bezirk und 10 Pfennig auf das Reich.

Von dem Kampffonds verbleibt 1 M. in dem Unterbezirk, 1 M. im Bezirk und 1 M. wird an den Reichsarbeitsausschuß abgeführt.“

2. Antrag: „Die Bezirkskonferenz von Südwestdeutschland erklärt ihr volles Einverständnis zur der Haltung der Delegation der KAU. anläßlich des Kongresses der Roten Gewerkschaftsinternationale und stimmt einer Stellungnahme zur Roten Gewerkschaftsinternationale als erledigt.“

3. Antrag: „Für die Schaffung einer Internationale der Unionen steht die Konferenz noch keine Voraussetzung, sieht aber trotzdem die Notwendigkeit ein, das revolutionäre Proletariat aller Länder, die auf dem Boden der revolutionären Betriebsorganisationen stehen, zu erfassen, um mit ihnen gemeinsam den Kampf auf revolutionärer Grundlage zu führen. Die Konferenz beauftragt daher ihren Vertreter, sich dafür einzusetzen, daß ein Vertreter der Gruppe Gilt und Stimme im Informationsbureau der KAU. erhält.

4. Antrag: „Der Arbeitsausschuß des Reiches wird beauftragt, geeignetes Material zusammenzustellen und in Form eines Flugblattes zu veröffentlichen, welches von den Unionisten als Waffe gegen den Verrat der Gewerkschaftsführer verwendet werden kann.“

Zum Punkt 5 gaben die Delegierten einen kurzen Bericht über die Bewegung in ihren Ortsgruppen. Dabei zeigte sich, daß Groß-Frankfurt bisher allein die ganzen Mittel zur Agitation für den Bezirk aufgebracht und trotzdem den Aufbau der eigenen Ortsgruppe durchgeführt hat.

Bemerkenswert ist noch, daß zwei Beispiele in unserem Bezirk deutlich bewiesen, daß die KPD. nicht leben kann ohne die KAU. und die KAU. nicht ohne die KPD.

In Ludwigshafen besteht eine KAU., die nicht als Kampforganisation betrachtet werden konnte, die sich dort KPD.-Geist durchzieht, während Karlsruhe mit der KAU. einen intuenden Zeitschrift herumschleppte, weil sie ihre historische Aufgabe, die Gründung der KAU., nicht übernommen hatte.

Trotz alledem geht es jetzt überall vorwärts. Beschlossen wurde ferner, in kürzester Zeit ein eigenes Organ für Südwestdeutschland herauszugeben.

Auch die Hinzuziehung der Partei und Union wurde nach Anfrage der Bezirksleitung angenommen.

Die Bezirkstagung wurde neue gewählt, und zwar der engere Bezirksausschuß aus 4 Genossen, der erweiterte Ausschuß durch Erwählung eines Vertreters von den drei größten Unterbezirken wie Frankfurt, Karlsruhe und Mannheim.

Zum Punkt 6, Unterstützungsfrage, referierte Genosse Haupt. Es gibt sich, daß die Genossen den Ernst und die Bitterkeit des augenblicklichen Standes unserer Flüchtlinge noch nicht erkannt haben. Deshalb erforderte nicht der Bezirk auf die Delegierten, vorrauf sich alle Delegierten verpflichteten, sich mehr als bisher für die Gesamttätigkeit in ihren Ortsgruppen einzusetzen.

Besonders hervorgehoben ist das Verhalten der Genossen von Frankfurt-West. Geradezu anzufreund setzten sich diese Genossen für die Unterstützungsfrage ein, und nur diesen Genossen war es zu verdanken, daß wir überhaupt etwas abgeben konnten.

Ueber die Jugendfrage sprach Genosse Wannemann. Die Jugendbewegung steht mit Ausnahme von Karlsruhe in arger Vernachlässigung. Es muß mehr als bisher durch Unterstützung der KPD. und KAU. der Jugend Gelegenheit gegeben werden, sich in der KJD. zusammenzuschließen.

Zur Frauenfrage referierte die Genossin Bauer. Nicht die kapitalistische Gesellschaft, wie die Bürger fingte sie an, sondern die Frauen selbst. Es müssen auch die Frauenfrage endgültig nur mit dem Sturz der kapitalistischen Gesellschaftsordnung gelöst werden kann, so sollen wir doch mit aller Kraft für die Befreiung der Frauen aus der bürgerlichen Ideologie einsetzen mit aller Kraft, für die Organisierung der Frauen innerhalb der KPD. Sorge tragen, um sie hier in die Reihen der siebenmaligen Klassenkämpfer einzureihen.

Nach Erledigung verschiedener Angelegenheiten, u. a. das unterrote Verhalten des geschäftsführenden Hauptausschusses gegenüber dem Bezirksausschuß, und dem Hinweis, daß zur Erlangung eines geregelten Geschäftsverkehrs jeder Bezirksp der Ortsgruppen und Unterbezirke mit dem Haupt- und Reichsarbeitsausschuß nur durch den Bezirksausschuß, zu erfolgen hat, wurde die Konferenz um 20. Oktober abends 8 Uhr geschlossen.

Ausland

Der einer schweren Krise im englischen Kohlenbergbau.

London, 2. November. (Intel.) Das Kabinett hat sich gewiegert, den Kohlenindustriellen die geforderte Unterstützung von 3 Millionen Pfund Sterling zu bewilligen. Die Unterstützung sollte die Möglichkeit schaffen, die Streik in den Kohlenbergwerken aufrecht zu erhalten. Der Beschluß des Kabinetts ist davon von äußerster Wichtigkeit und kann schwere Folgen nach sich ziehen. Es beschäftigen die Industrieller von Nordcumberland eine Lohnreduktion von 4 Schilling pro Schicht vorzunehmen, so daß der Tagelohn der bestbezahlten Arbeiter auf 12 Schilling reduziert wird. In Durham sind zwar die Reduktionen nicht so groß, aber sie würden immerhin 2 Schilling pro Schicht betragen. In Schottland wird wahrscheinlich eine Reduktion von 3 Schilling eintreten. Diese Lohnreduktion ist jedoch nicht das Wichtigste, wenn man in Betracht zieht, daß heute 150 000 Kohlenarbeiter arbeitslos sind, und auch die übrigen zu 75 Prozent nur mit beschränkter Arbeitszeit arbeiten. Die Unterstützung der Kohlenindustrie wäre zur Regelung der Lohnfrage unbedingt nötig.

Ein charakteristischer Vorfall wird aus Südwales gemeldet, wo die von dem Ortsschiedsgericht zuerkannte Arbeitslosenunterstützung von den Schiedsgerichtsmitgliedern verweigert wurde. Die Expedition der Südwalliser Bergarbeiter-Föderation hat Sonntag beschlossen, die Angelegenheit vor die Föderation der Bergarbeiter Großbritanniens zu bringen.

Polizei gegen Arbeitslose.

Neuyork, 7. November. Aus Santiago (Chile) wird berichtet, daß die Arbeitslosen vor dem Kongreßgebäude eine Massendemonstration veranstaltet haben. Die Senatoren wollten mit Reden die aufgeregten Massen beschwichtigen. Ein besonders mißliebiger Senator wurde Gleichen bereits. Darauf gab die Polizei Feuer und ritt die Menge nieder. Auf der Walstatt blieben viele Verwundete. Die Forderungen der Arbeitslosen ging dahin, von der Regierung die Inangriffnahme öffentlicher Bauten zur Beschäftigung der Arbeitslosen zu verlangen. Die Regierung tat auch das Ihrige. Sie ließ die Polizei mit Feuerwaffen die Arbeitslosen beruhigen.

Verpachtung an amerikanische Arbeiterorganisationen.

Moskau, 31. Oktober. (Rota Wien.) Die Sowjetregierung hat sich an amerikanische Arbeiterorganisationen mit der Aufforderung gewandt, sich am Aufbau der russischen Industrie zu beteiligen. Der Rat für Arbeit und Verteidigung wird nächstens einen Vertrag mit einer Gruppe amerikanischer Arbeiter unterzeichnen, der diesen die Ausbeutung des Betriebes „Nadiedzinski Zamot“ und anderer Betriebe im Donezbecken gestattet. Die gesamte Ausbeutung wird der Sowjetregierung zugute kommen, die einen gewissen Teil davon der Arbeitsgemeinschaft zur freien Verfügung stellt. Jeder Arbeiter bringt Werkzeuge und Lebensmittel im Werte von je 100 Dollars mit. Die Produktion soll sich nach einem Jahre schon verdoppeln.

Genossen!

Sammelt für den Pressefonds.

Postscheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 490 29.

Mitteilungen

Wirtschaftsbezirk Spandau-Osthavelland. Freitag, den 11. November, abds. 7½ Uhr, Mitglieder-Versammlung der KAU. im „Wilhelm-Garten“, Spandauer Straße (Nähe Bahnhof Spandau-West. Mitgliedskarte legitimiert.

4. Bezirk. Mittwoch, den 9. November, abends 7 Uhr, Mitglieder-Versammlung Müller, Ecke Triftstraße. Erscheinen ist unbedingte Pflicht.

Referenten! Sonnabend Gipsstraße!

Soeben erschienen! Soeben erschienen!

„Proletarier“

Zeitschrift für Kommunismus

Herausgegeben vom Organisations-Bureau der Kommunistischen Arbeiter-Internationale

Heft 9/10 Oktober—November 1921

Inhalt: An alle proletarischen Klassenkämpfer. — Entwickelungstendenzen und Weltkapitalismus. — Die historischen Entwickelungsbedingungen der proletarischen Internationale. — Bemerkungen über Taktik. — Gegen die Reaktion. — Die revolutionäre Gewerkschaftsinternationale. Aus der internationalen Bewegung.

Umfang 32 Seiten — Preis A.— M.

Zu beziehen durch: Verlag „Proletarier“ (Emil Sach), Berlin SO. Reichenberger Str. 113 Seitenegel. IV links.

Von Mittwoch, den 9. November, ab ist im Verlag der KPD., Berlin NO 18, Landsberger Str. 6, Ecke Höchste Str.

Heft 9/10 der Zeitschrift

Proletarier

herausgegeben vom Organisationsbureau der Kommunistischen Arbeiter-Internationale, Berlin, zum Preise von A.— M. zu haben.

Die Propaganda-Obleute der Bezirke werden um Abholung der für jeden Bezirk benötigten Anzahl ersucht.

In etwa 14 Tagen erscheint (Mitte November):

Der historische Materialismus

von Hermann Gorter.

Neue vermehrte Auflage unter besonderer Berücksichtigung der deutschen und russischen Revolution.

Preis 7.— M.

Herausgegeben vom Organisationsbureau der kommunistischen Arbeiter-Internationale. Bestellungen sind zu richten an den Verlag der KPD., Berlin NO 18, Landsberger Str. 6, Ecke Höchste Str.

Genossen! Vergeßt die Opfer der weißen Justiz nicht! Sammelt!

Verantwortlicher Redakteur: R. Stern, Berlin — Verlag der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands. Inhaber: Emil Schubert, Charlottenburg. Druck: Max Reßler, Berlin, Alexandrinenstraße 110.

Nr. 246 — Preis 50 Pf.

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbezirk Groß-Berlin.

Die Zeitung erscheint zweimal wöchentlich. — Zu beziehen durch die Berliner Bezirksorganisationen, im Straßenhandel und durch den Verlag: Berlin NO 18, Landsberger Str. 6

Redaktion u. Verlag: Berlin NO 18, Landsberger Straße 6 Geöffnet täglich von 9 Uhr vormittags bis 6 Uhr nachmittags.

Postscheckk. für Berlin: Berlin NW 7 Nr. 49029; für auswärts: Berlin NW 7 Nr. 100009. — Versand unter Streifband: für Deutschland 3,50, nach auswärts 6,—, nach dem Ausland 9,— monatlich.

Die werdende Klassenfront

Damit die Mitwelt in dem scheinbaren Wirrwarr von Dollarsturz, Ausverkauf, wahnsinniger Preissteigerung und dem Geschrei des Meistgeiers sieht, wer da hinsteht, das heißt, wenn sie sehen will, erscheint in dieser „schweren Stunde unseres Vaterlandes“ wieder einmal die Großindustrie auf dem Plan, um das „Vaterland“ zu „retten“ natürlich. Es handelt sich darum, daß die Großindustrie, die sehr viel hat, der Regierung, die bis über die Ohren in Schulden steckt, und nichts hat, „hilft“. Da nun Geschäftsabschlüsse mit Moral einmal nichts zu tun haben, sondern eben Geschäft bleiben, muß man sich nicht wundern, wenn der Geldgeber seinerseits bestimmte Bedingungen stellt, und Vorschläge macht über die Reorganisation des zu finanzierenden Unternehmens und die Verwendung seiner Gelder, weil es ihm eben nicht gleichgültig ist, ob er an dem Geschäft etwas verdient oder nicht. Die Bedingungen des Großkapitals in bezug auf die „Kredithilfe“ sehen folgendermaßen aus:

„Regierungen von den unter Mitwirkung der parlamentarischen Instanzen zu öffentlichen Zwecken der sparsamen Finanzwirtschaft und der Besserung des Wirtschaftslebens von den hier anforderlichen Gesetzen kommen zunächst Akte der Gesetzgebung in Frage, die es ermöglichen, mit den Reichsarbeitskammern beginnend, die sonst in öffentlicher Hand befindlichen Betriebe in privatwirtschaftlichen Formen zu

Die Durchführung solcher Reformen ist wesentlich auf Grund eines durch die Gesetzgebung zu schaffenden Kreditgarantiegesetzes, dem Verkauf gewisser der Reichseisenbahnen an eine privatwirtschaftlich juristische Person in die Wege leitet.

Die Industrie wird Vorschläge unterbreiten und sie zu gegebener Zeit den zuständigen Stellen vorlegen, aus denen erfüchtlich ist, in welcher Form diesem Einheitsgesetzgebung praktischer Inhalt gegeben werden soll.

Reichswirtschaftlich muß diese Aktion dazu führen, daß zum einen nicht zu fern liegenden Zeitpunkt ab die Eisenbahnen ein zu verzinsendes Kapital der juristischen Person verzinsen und daß die Einbindung des Reichs von allen zweifelhaften und unsicheren Lasten aus diesen Unternehmungen bewirkt wird.

Die Einbindung des Reiches von Arbeitslasten, die unter ihrer Konzessionierung nach nach in wirtschaftlicher Beziehung vielen Nutzen finden, dann nach Auflösung der Industrie ein in Verbindung mit gewaltigen Siedlungen erfolgen, die wieder an sich und nach ihrer deutschen Lage die unbeträgende Beschäftigung dieser Personen sicherstellen.

Die Industrie ist sich darüber klar, daß die Durchführung dieser Aktion, insbesondere der Aktion 208 Reichsbahnverlängerung Rechte des Aufbaues begründet hat, entsprechende Verträgen mit den Vertragsgegnern erforderlich macht, die gleichzeitig dazu führen müssen, im Zusammenhang mit der Lösung dieser Frage auch die Verpflichtungen aus dem Ultimatum einer außerordentlichen Sitzung zuzuführen. Auf diesem Grundlagen wird die Industrie in Verbindung mit deutschen Banken diskutieren, um, sofern eine Besserung des Londoner Ultimatums sich nicht schon aus der vorstehend angedeuteten Verhandlungen ergibt, diejenigen Kredite zu beschaffen, die notwendig sind, um die finanziellen Verpflichtungen des Reiches sowie die Entwicklungsmöglichkeit der angeführten Maßnahmen und der Reichsbetriebe gesichert und sachlich sicherzustellen.

Die Durchführung dieser Kreditaktion einschließlich der Verhandlungen mit den ausländischen Gläubigerkreisen kann nur unter Führung der deutschen Industrie und im Einvernehmen mit den deutschen Banken erfolgen.

Selbstverständlich muß, wenn sich die deutsche Volkswirtschaft und damit der deutsche Staat aus den jetzigen Verhältnissen herausarbeiten will, die Notlagenfrage, d. h. der Staat, dazwischen, die Frauen selbst. Es müssen auch die Frauenfrage endgültig nur mit dem Sturz der kapitalistischen Gesellschaftsordnung gelöst werden kann, so sollen wir doch mit aller Kraft für die Befreiung der Frauen aus der bürgerlichen Ideologie einsetzen mit aller Kraft, für die Organisierung der Frauen innerhalb der KPD. Sorge tragen, um sie hier in die Reihen der siebenmaligen Klassenkämpfer einzureihen.

Nach Erledigung verschiedener Angelegenheiten, u. a. das unterrote Verhalten des geschäftsführenden Hauptausschusses gegenüber dem Bezirksausschuß, und dem Hinweis, daß zur Erlangung eines geregelten Geschäftsverkehrs jeder Bezirksp der Ortsgruppen und Unterbezirke mit dem Haupt- und Reichsarbeitsausschuß nur durch den Bezirksausschuß, zu erfolgen hat, wurde die Konferenz um 20. Oktober abends 8 Uhr geschlossen.

Ausland

Der einer schweren Krise im englischen Kohlenbergbau.

London, 2. November. (Intel.) Das Kabinett hat sich geweigert, den Kohlenindustriellen die geforderte Unterstützung von 3 Millionen Pfund Sterling zu bewilligen. Die Unterstützung sollte die Möglichkeit schaffen, die Streik in den Kohlenbergwerken aufrecht zu erhalten. Der Beschluß des Kabinetts ist davon von äußerster Wichtigkeit und kann schwere Folgen nach sich ziehen. Es beschäftigen die Industriellen von Nordcumberland eine Lohnreduktion von 4 Schilling pro Schicht vorzunehmen, so daß der Tagelohn der bestbezahlten Arbeiter auf 12 Schilling reduziert wird. In Durham sind zwar die Reduktionen nicht so groß, aber sie würden immerhin 2 Schilling pro Schicht betragen. In Schottland wird wahrscheinlich eine Reduktion von 3 Schilling eintreten. Diese Lohnreduktion ist jedoch nicht das Wichtigste, wenn man in Betracht zieht, daß heute 150 000 Kohlenarbeiter arbeitslos sind, und auch die übrigen zu 75 Prozent nur mit beschränkter Arbeitszeit arbeiten. Die Unterstützung der Kohlenindustrie wäre zur Regelung der Lohnfrage unbedingt nötig.

Ein charakteristischer Vorfall wird aus Südwales gemeldet, wo die von dem Ortsschiedsgericht zuerkannte Arbeitslosenunterstützung von den Schiedsgerichtsmitgliedern verweigert wurde. Die Expedition der Südwalliser Bergarbeiter-Föderation hat Sonntag beschlossen, die Angelegenheit vor die Föderation der Bergarbeiter Großbritanniens zu bringen.

Polizei gegen Arbeitslose.

Neuyork, 7. November. Aus Santiago (Chile) wird berichtet, daß die Arbeitslosen vor dem Kongreßgebäude eine Massendemonstration veranstaltet haben. Die Senatoren wollten mit Reden die aufgeregten Massen beschwichtigen. Ein besonders mißliebiger Senator wurde Gleichen bereits. Darauf gab die Polizei Feuer und ritt die Menge nieder. Auf der Walstatt blieben viele Verwundete. Die Forderungen der Arbeitslosen ging dahin, von der Regierung die Inangriffnahme öffentlicher Bauten zur Beschäftigung der Arbeitslosen zu verlangen. Die Regierung tat auch das Ihrige. Sie ließ die Polizei mit Feuerwaffen die Arbeitslosen beruhigen.

Verpachtung an amerikanische Arbeiterorganisationen.

Moskau, 31. Oktober. (Rota Wien.) Die Sowjetregierung hat sich an amerikanische Arbeiterorganisationen mit der Aufforderung gewandt, sich am Aufbau der russischen Industrie zu beteiligen. Der Rat für Arbeit und Verteidigung wird nächstens einen Vertrag mit einer Gruppe amerikanischer Arbeiter unterzeichnen, der diesen die Ausbeutung des Betriebes „Nadiedzinski Zamot“ und anderer Betriebe im Donezbecken gestattet. Die gesamte Ausbeutung wird der Sowjetregierung zugute kommen, die einen gewissen Teil davon der Arbeitsgemeinschaft zur freien Verfügung stellt. Jeder Arbeiter bringt Werkzeuge und Lebensmittel im Werte von je 100 Dollars mit. Die Produktion soll sich nach einem Jahre schon verdoppeln.

Genossen!

Sammelt für den Pressefonds.

Postscheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 490 29.

Mitteilungen

Wirtschaftsbezirk Spandau-Osthavelland. Freitag, den 11. November, abds. 7½ Uhr, Mitglieder-Versammlung der KAU. im „Wilhelm-Garten“, Spandauer Straße (Nähe Bahnhof Spandau-West. Mitgliedskarte legitimiert.

4. Bezirk. Mittwoch, den 9. November, abends 7 Uhr, Mitglieder-Versammlung Müller, Ecke Triftstraße. Erscheinen ist unbedingte Pflicht.

Referenten! Sonnabend Gipsstraße!

Soeben erschienen! Soeben erschienen!

„Proletarier“

Zeitschrift für Kommunismus

Herausgegeben vom Organisations-Bureau der Kommunistischen Arbeiter-Internationale

Heft 9/10 Oktober—November 1921

Inhalt: An alle proletarischen Klassenkämpfer. — Entwickelungstendenzen und Weltkapitalismus. — Die historischen Entwickelungsbedingungen der proletarischen Internationale. — Bemerkungen über Taktik. — Gegen die Reaktion. — Die revolutionäre Gewerkschaftsinternationale. Aus der internationalen Bewegung.

Umfang 32 Seiten — Preis A.— M.

Zu beziehen durch: Verlag „Proletarier“ (Emil Sach), Berlin SO. Reichenberger Str. 113 Seitenegel. IV links.

Von Mittwoch, den 9. November, ab ist im Verlag der KPD., Berlin NO 18, Landsberger Str. 6, Ecke Höchste Str.

Heft 9/10 der Zeitschrift

Proletarier

herausgegeben vom Organisationsbureau der Kommunistischen Arbeiter-Internationale, Berlin, zum Preise von A.— M. zu haben.

Die Propaganda-Obleute der Bezirke werden um Abholung der für jeden Bezirk benötigten Anzahl ersucht.

In etwa 14 Tagen erscheint (Mitte November):

Der historische Materialismus

von Hermann Gorter.

Neue vermehrte Auflage unter besonderer Berücksichtigung der deutschen und russischen Revolution.

Preis 7.— M.

Herausgegeben vom Organisationsbureau der kommunistischen Arbeiter-Internationale. Bestellungen sind zu richten an den Verlag der KPD., Berlin NO 18, Landsberger Str. 6, Ecke Höchste Str.

Genossen! Vergeßt die Opfer der weißen Justiz nicht! Sammelt!

Verantwortlicher Redakteur: R. Stern, Berlin — Verlag der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands. Inhaber: Emil Schubert, Charlottenburg. Druck: Max Reßler, Berlin, Alexandrinenstraße 110.

Nr. 246 — Preis 50 Pf.

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbezirk Groß-Berlin.

Die Zeitung erscheint zweimal wöchentlich. — Zu beziehen durch die Berliner Bezirksorganisationen, im Straßenhandel und durch den Verlag: Berlin NO 18, Landsberger Str. 6

Redaktion u. Verlag: Berlin NO 18, Landsberger Straße 6 Geöffnet täglich von 9 Uhr vormittags bis 6 Uhr nachmittags.

Postscheckk. für Berlin: Berlin NW 7 Nr. 49029; für auswärts: Berlin NW 7 Nr. 100009. — Versand unter Streifband: für Deutschland 3,50, nach auswärts 6,—, nach dem Ausland 9,— monatlich.

Die werdende Klassenfront

Damit die Mitwelt in dem scheinbaren Wirrwarr von Dollarsturz, Ausverkauf, wahnsinniger Preissteigerung und dem Geschrei des Meistgeiers sieht, wer da hinsteht, das heißt, wenn sie sehen will, erscheint in dieser „schweren Stunde unseres Vaterlandes“ wieder einmal die Großindustrie auf dem Plan, um das „Vaterland“ zu „retten“ natürlich. Es handelt sich darum, daß die Großindustrie, die sehr viel hat, der Regierung, die bis über die Ohren in Schulden steckt, und nichts hat, „hilft“. Da nun Geschäftsabschlüsse mit Moral einmal nichts zu tun haben, sondern eben Geschäft bleiben, muß man sich nicht wundern, wenn der Geldgeber seinerseits bestimmte Bedingungen stellt, und Vorschläge macht über die Reorganisation des zu finanzierenden Unternehmens und die Verwendung seiner Gelder, weil es ihm eben nicht gleichgültig ist, ob er an dem Geschäft etwas verdient oder nicht. Die Bedingungen des Großkapitals in bezug auf die „Kredithilfe“ sehen folgendermaßen aus:

„Regierungen von den unter Mitwirkung der parlamentarischen Instanzen zu öffentlichen Zwecken der sparsamen Finanzwirtschaft und der Besserung des Wirtschaftslebens von den hier anforderlichen Gesetzen kommen zunächst Akte der Gesetzgebung in Frage, die es ermöglichen, mit den Reichsarbeitskammern beginnend, die sonst in öffentlicher Hand befindlichen Betriebe in privatwirtschaftlichen Formen zu

Die Durchführung solcher Reformen ist wesentlich auf Grund eines durch die Gesetzgebung zu schaffenden Kreditgarantiegesetzes, dem Verkauf gewisser der Reichseisenbahnen an eine privatwirtschaftlich juristische Person in die Wege leitet.

Die Industrie wird Vorschläge unterbreiten und sie zu gegebener Zeit den zuständigen Stellen vorlegen, aus denen erfüchtlich ist, in welcher Form diesem Einheitsgesetzgebung praktischer Inhalt gegeben werden soll.

Reichswirtschaftlich muß diese Aktion dazu führen, daß zum einen nicht zu fern liegenden Zeitpunkt ab die Eisenbahnen ein zu verzinsendes Kapital der juristischen Person verzinsen und daß die Einbindung des Reichs von allen zweifelhaften und unsicheren Lasten aus diesen Unternehmungen bewirkt wird.

Die Einbindung des Reiches von Arbeitslasten, die unter ihrer Konzessionierung nach nach in wirtschaftlicher Beziehung vielen Nutzen finden, dann nach Auflösung der Industrie ein in Verbindung mit gewaltigen Siedlungen erfolgen, die wieder an sich und nach ihrer deutschen Lage die unbeträgende Beschäftigung dieser Personen sicherstellen.

Die Industrie ist sich darüber klar, daß die Durchführung dieser Aktion, insbesondere der Aktion 208 Reichsbahnverlängerung Rechte des Aufbaues begründet hat, entsprechende Verträgen mit den Vertragsgegnern erforderlich macht, die gleichzeitig dazu führen müssen, im Zusammenhang mit der Lösung dieser Frage auch die Verpflichtungen aus dem Ultimatum einer außerordentlichen Sitzung zuzuführen. Auf diesen Grundlagen wird die Industrie in Verbindung mit deutschen Banken diskutieren, um, sofern eine Besserung des Londoner Ultimatums sich nicht schon aus der vorstehend angedeuteten Verhandlungen ergibt, diejenigen Kredite zu beschaffen, die notwendig sind, um die finanziellen Verpflichtungen des Reiches sowie die Entwicklungsmöglichkeit der angeführten Maßnahmen und der Reichsbetriebe gesichert und sachlich sicherzustellen.

Die Durchführung dieser Kreditaktion einschließlich der Verhandlungen mit den ausländischen Gläubigerkreisen kann nur unter Führung der deutschen Industrie und im Einvernehmen mit den deutschen Banken erfolgen.

Selbstverständlich muß, wenn sich die deutsche Volkswirtschaft und damit der deutsche Staat aus den jetzigen Verhältnissen herausarbeiten will, die Notlagenfrage, d. h. der Staat, dazwischen, die Frauen selbst. Es müssen auch die Frauenfrage endgültig nur mit dem Sturz der kapitalistischen Gesellschaftsordnung gelöst werden kann, so sollen wir doch mit aller Kraft für die Befreiung der Frauen aus der bürgerlichen Ideologie einsetzen mit aller Kraft, für die Organisierung der Frauen innerhalb der KPD. Sorge tragen, um sie hier in die Reihen der siebenmaligen Klassenkämpfer einzureihen.

Nach Erledigung verschiedener Angelegenheiten, u. a. das unterrote Verhalten des geschäftsführenden Hauptausschusses gegenüber dem Bezirksausschuß, und dem Hinweis, daß zur Erlangung eines geregelten Geschäftsverkehrs jeder Bezirksp der Ortsgruppen und Unterbezirke mit dem Haupt- und Reichsarbeitsausschuß nur durch den Bezirksausschuß, zu erfolgen hat, wurde die Konferen